

09. Februar 2009

medien heft

Medien in Kosovo

Noch alles andere als frei

Carole Gürtler und Samir Ljuma

Auch ein Jahr nach der Unabhängigkeitserklärung hat sich die Medienlandschaft in Kosovo nicht entwickelt. Mangelhafte Qualität und politische Abhängigkeiten prägen die Szene. Minderheitenmedien kämpfen ums Überleben.

In Pristina wird wieder demonstriert. Unweit der Internationalen Verwaltungsbehörde (ICO) explodierte Ende letzten Jahres ein Sprengstoff. Immer wieder kommt es zu Ausschreitung zwischen radikalen Gruppen, insbesondere in der geteilten Stadt Mitrovica im Norden Kosovos. Nach einer Reihe von Gewalttaten haben die Kfor-Truppen der Nato und die EU-Polizei- und Justizmission Eulex ihre Präsenz erhöht. Die Lage hat sich auch ein Jahr nach der einseitigen Unabhängigkeitserklärung Kosovos nicht entspannt. Serbien lehnt weiterhin die Unabhängigkeit ihrer ehemaligen Provinz ab. Die Stimmung ist angeheizt und die Gefahr einer erneuten Eskalation real. Differenzen zwischen den Autoritäten und Konfusionen über Mandate und Verantwortlichkeiten haben bei der Bevölkerung zu einem Verlust an Vertrauen und Glaubwürdigkeit in internationale wie lokale Institutionen geführt.

Unabhängige, professionelle Informationen wären in einer solchen Situation wichtig. Doch die lokalen Medien erfüllen ihre Aufgabe nicht, obschon sich Kosovo nicht über einen Mangel an Medien beklagen kann. In Kosovo zählt man heute bei einer Bevölkerung von rund zwei Millionen Einwohnern 113 lizenzierte Medienstationen (93 Radio und 20 Fernsehstationen) sowie Dutzende Printmedien und zahlreiche Internetcafés – darunter 27 so genannte mehrsprachige Medien, davon 9 mehrheitlich serbischsprachige sowie 14 albanischsprachige mit einem Programmanteil von 0,4 bis 31 Prozent in anderen Sprachen wie Serbisch, Romani, Bosnisch oder Türkisch. Vergleicht man diese Situation mit der Lage kurz nach der Nato-Intervention vor zehn Jahren, so hat sich das Medienangebot in der Zwischenzeit mehr als verdreifacht. Allerdings: Die grosse Anzahl an Medien ist weder Ausdruck ethnischer Vielfalt noch reflektiert sie verschiedene politische und gesellschaftliche Konzepte. Von einer pluralistischen Medienlandschaft kann

Impressum

Medienheft [vormals ZOOM K&M], ISSN 1424-4594

Herausgeber: Katholischer Mediendienst, Charles Martig; Reformierte Medien, Urs Meier

Redaktion: Judith Arnold, Adresse: Medienheft, Badenerstrasse 69, Postfach, CH-8026 Zürich

Telefon: +41 44 299 33 11, Fax: +41 44 299 33 91, E-Mail: redaktion@medienheft.ch, Internet: www.medienheft.ch

kostenloser Bezug via Internet oder Mailingliste: www.medienheft.ch/mailling_abo

nicht die Rede sein. Im Gegenteil, mangelhafte Qualität und politische Abhängigkeiten prägen den Medienalltag.

Mangelnde Strukturen und desolate Wirtschaft

Es fehlt vor allem an klaren Strukturen. So wird die Implementierung vieler medienrelevanter Gesetze wie des Informationsgesetzes oder des Urheberrechts vernachlässigt, kritisiert Elli Flen, Pressesprecherin der OSZE in Kosovo. Aber auch die Arbeit des «Council of Independent Media Commission» (IMC) werde aufgrund der starken Politisierung der Medienlandschaft behindert, sagt die Expertin. Die Aufgabe des IMC, der im Jahre 2005 den «Temporary Media Commissioner» (TMC) ersetzte, ist es, die Regierung bei der Umgestaltung der Medienlandschaft und Implementierung neuer Mediengesetze zu beraten und zu unterstützen. Er selbst verfügt über keine Entscheidungs- oder Handlungsmacht.

Weiter ist die Existenz der Medien von einem Überlebenskampf überschattet, der sie anfällig für politischen Druck und Korruption macht. Der Medienmarkt ist begrenzt und die Werbeeinnahmen beschränkt. Der Wirtschaft geht es schlecht. Kosovo gehört zu den ärmsten Regionen im Balkan. 45 Prozent der Bevölkerung leidet gemäss einer Weltbankstudie aus dem Jahre 2007 unter Armut. Weitere 18 Prozent sind stark gefährdet. In einem solchen Umfeld wird es den wenigsten Medienanbietern möglich sein, langfristig ohne finanzielle Unterstützung zu überleben. Bereits heute ist die Mehrheit der Medien unfähig, ihren Betrieb ohne externe Hilfe aufrecht zu halten. Und selbst ein gut entwickelter Markt mit steigenden Werbeeinnahmen wäre nicht in der Lage, eine solch hohe Anzahl an Medien, wie sie heute in Kosovo besteht, zu tragen.

So kämpft auch der Radio- und TV-Sender RTK, der von rund 70 Prozent der Bevölkerung empfangen werden kann und im Sinne eines Service public funktionieren soll, jedoch wie ein staatlicher Sender auftritt, ums Überleben – und damit um seine «Unabhängigkeit». Finanziert wird RTK, zu dem auch die beiden Radiostationen Radio «Kosova» und Radio «Blue Sky» sowie eine Internetplattform gehören, grösstenteils durch Gebühren. Mit den Einnahmen von rund 3.5 Euro pro Haushalt konnten im Jahre 2007 81 Prozent der Kosten gedeckt werden; weitere 16 Prozent konnten dank Werbeeinnahmen und die restlichen drei Prozent dank Rückvergütungen und Donationen ausgeglichen werden. Total stehen RTK gemäss Jahresbericht 2007 rund 10 Million Euro zur Verfügung, wobei 53 Prozent davon für die Programminhalte aufgewendet wurden.

Seit Juli 2007 steht die Finanzierung von RTK jedoch auf äusserst schwachen Beinen, da die Gebühreneinnahmen nicht mehr gesichert sind. Diese werden zwar wie bis anhin noch als Teil der Elektrizitätsrechnung vom Elektrizitätswerk Kosovo (KEK) eingezogen und danach, abzüglich VAT sowie 6 Prozent Bearbeitungsgebühr, an RTK überwiesen. Doch KEK kündigte an, die Zusammenarbeit mit RTK beenden zu wollen. Gerüchten zufolge sollen Privatisierungspläne von KEK dazu geführt haben; eine Abhängigkeit jeglicher Art würde die Verkaufschance von KEK minimieren. Seither wird der Vertrag monatlich erneuert, wobei im November 2009 die Zusammenarbeit endgültig beendet werden soll. RTK wäre damit von einer staatlichen Finanzierung abhängig und würde damit vollends unter staatliche Kontrolle fallen, was dessen Unabhängigkeit noch mehr gefährden würde. Wie es also weitergehen wird, ist momentan noch vollkommen unklar. Der Vorstand von RTK, der demnächst wieder gewählt wird, verschiebt alle Entscheidungen und der IMC, der sich dafür einsetzt, dass RTK möglichst unabhängig bleibt, konnte noch keine realistischen Lösungsvorschläge präsentieren.

Programminhalte werden schlechter

Äusserst negativ wirkt sich diese Situation auf den Programminhalt von RTK aus. Deswegen Qualität hat sich in den vergangenen Monaten massiv verschlechtert. Das Programm, sagt Argjentina Grazhdani, Vorsitzende des IMC, hätte weiter an Unabhängigkeit eingebüsst. Führungsschwäche und mangelnde Motivation in den Redaktionen aufgrund finanzieller Unsicherheit machen Journalisten verletzlich und beeinflussbar, sagt Grazhdani.

Inhaltlicher Konsens und nationale Orientierung überwiegen in der Berichterstattung aber auch bei vielen anderen Medien. Noch immer bestimmt der politische Status des Landes den öffentlichen Diskurs anstelle sozialer und wirtschaftlicher Probleme, mit denen die Bevölkerung täglich konfrontiert ist. Themen wie Korruption, Kriminalität und Schwarzmarkt werden kaum behandelt. Investigativer Journalismus kommt kaum vor. Selbstzensur herrscht. Presse- und Redefreiheit, an sich gesetzlich garantiert, werden nicht ausgeübt, da Medienschaffende bedroht werden und sich vor Übergriffen fürchten. Mit Einbussen bei Werbeeinnahmen – insbesondere die Regierung nutzt als Druckmittel die Streichung von Werbeausgaben – müssen hingegen Medienanstalten rechnen, wenn sie kritische Berichterstattung tolerieren. Journalistische Vereinigungen existieren, doch Einfluss üben sie keinen aus. Auch hier fehlt es an Kohärenz, finanziellen Mitteln und Erfahrung.

Die Gesellschaft und die Mehrheit der Medienvertreter verstehen Medien auch heute noch meist als Sprachrohr der Partikularinteressen von Familienclans und den von ihnen kontrollierten Parteien. Medien werden nicht als Gegengewicht zu Staat und Parteien als Ausdruck gesellschaftlicher Interesse und Bedürfnisse angesehen. Kritik an oder eine fundierte Auseinandersetzung mit lokaler Politik sind somit rar. Als Beispiel nennt OSZE-Pressesprecherin Elli Flen die Reaktion der Medien im April 2008, als sie dazu angehalten worden waren, die Rede des Ministerpräsidenten sowie den Bericht über die ersten 100 Tage seiner Regierungsführung honorarfrei zu veröffentlichen. Nur eine einzige Zeitung hätte diesen offensichtlichen Verstoss gegen die Pressefreiheit kritisch kommentiert, sagt Flen. Und auch der Presserat und die unabhängige Medienbehörde hätten aufgrund externen Druckes verspätet reagiert.

Minderheitenprogramme und -medien in der Krise

Direkt betroffen von RTK's finanziellen und strukturellen Schwierigkeiten sind insbesondere aber auch ethnische Minderheiten. Im Athisaari-Plan wird empfohlen, dass alle Bevölkerungsgruppen in den öffentlich-rechtlichen Medien thematisch wie auch mit eigenen Programmen vertreten sein sowie eigene Medien besitzen sollten. Auch RTK besitzt ein eigenes Minderheitenprogramm in Serbisch, Bosnisch, Türkisch und Romani. 16 Prozent der gesamten Sendezeit sind laut Mediengesetz für Minderheitenprogramme reserviert. Die vorgeschriebene Sendezeit für Minderheitenprogramme, so Grazhdani, fülle RTK grundsätzlich aus, aber die Qualität sei miserabel. Die Sendungen würden selten selbst produziert, sondern meist eingekauft, wobei die Herkunft selten offensichtlich ist. «Das Programm», sagt Granzhdani, «leidet unter einem sehr schlechten Image.» Dies zeigen auch – mangels professionellen und unabhängigen Medienuntersuchungen – spontane Umfragen beim Zielpublikum. Die meisten Minderheitenprogramme von Mehrheitsmedien stossen bei der Minderheitenbevölkerung auf geringe Resonanz und geniessen kaum Vertrauen. «Das serbische Programm von RTK», sagt

Zivojin Rakocevic, Chefredakteur des serbischsprachigen Radio Kim, «ist kein Thema innerhalb der serbischen Bevölkerung. Das serbische Programm von RTK wird nie als Quelle zitiert. Es existiert einfach nicht im Bewusstsein der serbischen Bevölkerung. Die Themen entsprechen weder deren Bedürfnissen noch widerspiegeln sie deren Ansichten.» RTK, so der Journalist, mache ein Programm, das sich einzig nach der albanischen Mehrheitsbevölkerung orientiere; zudem würden nicht alle serbischen Haushalte RTK empfangen können, obschon sie Gebühren dafür zahlen müssten.

Deutlich positiver ist das Echo derweil auf das Programm in Romani von RTK. Dieses sei relativ erfolgreich, weiss Nexhip Menekshe, Direktor von Radio Romani Avazo. Viele Roma, auch solche in der Diaspora, würden es sich anschauen, sagt er. Zurückzuführen ist dieser Erfolg wohl jedoch hauptsächlich auf die Tatsache, dass kein weiteres TV-Programm in Romani in Kosovo existiert und damit auch keine Konkurrenz und Vergleichsmöglichkeiten. Serbische Fernsehprogramme aus Belgrad hingegen sind zu empfangen.

Mangelnde Unterstützung für den Minority Media Fund

RTK unterhält zusätzlich zu seinem Minderheitenprogramm einen Fonds zur Unterstützung unabhängiger Minderheitenmedien. Der «Minority Media Fund» (MMF) wurde noch unter dem TMC eingerichtet, um die Finanzierung von Minderheitenmedien zu erleichtern. Die Regierung beteiligte sich damals mit einem einmaligen Betrag von 50'000 Euro. Einige Minderheitenmedien erhielten darauf 5000 Euro pro Station. Seither wurde nichts mehr ausbezahlt. Die Betreuung des MMF liegt in den Händen von RTK; fünf Prozent der Gebühreneinnahmen sollen jährlich an den Fonds gehen. Überwiesen wurde bisher aber nur ein geringer Teil. Weder die Regierung, noch KEK oder RTK haben Interesse an der Fortführung des Fonds. Zudem hat RTK den ausstehenden Betrag bereits für eigene Ausgaben aufgebraucht. Auch hier bemüht sich der IMC um eine Regelung. Gemäss Grazhdani ist man daran, Guidelines zu formulieren und eine Ausschreibung vorzubereiten. Grössere Sorgen bereitet dem IMC aber der Plan eines nationalen serbischsprachigen Fernsehsenders. Eine Frequenz auf nationalem Niveau steht nicht zur Verfügung, und auch bei lokalen serbischen Medien stiessen die Idee und das bisherige Vorgehen in dieser Sache auf Ablehnung. Man kritisiert, dass die internationale Gemeinschaft dieses Projekt ohne Beteiligung lokaler serbischer Medienleute lanciert habe. Der IMC versucht nun Schadensbegrenzung und will einerseits Vertreter der serbischen Minderheit einbeziehen, andererseits das Projekt von internationaler Einflussnahme lösen. Es sei, sagt Grazhdani, Sache der Regierung Kosovos und der serbischen Minderheit, einen nationalen Sender in serbischer Sprache zu lancieren. Angesichts der aktuellen Situation ist jedoch kaum mit Fortschritten zu rechnen. Die serbische Minderheit boykottiert die Regierung, und eine Zusammenarbeit ist momentan nicht zu realistisch.

Vergabe von Lizenzen verzögert sich

Der IMC hat sich für dieses Jahr weiter vorgenommen, die Medienlandschaft neu zu regeln und die Lizenzen ein zweites Mal zu vergeben. Die aktuellen Lizenzen wurden zwischen 2000 und 2006 von der «United Nations Mission in Kosovo» (UNMIK) verteilt und waren nur von temporärer Gültigkeit. Vorgesehen war, dass die erste Eingabefrist bis März 2009 und die vollständige Lizenzvergabe Ende 2009 abgeschlossen würde. Der Prozess ist allerdings ins Stocken geraten. Es fehlt an Unterstützung seitens der Regie-

zung wie auch an Durchsetzungskraft seitens des IMC, dessen Vorstand seit Monaten nicht komplett ist. Zudem war sich der IMC lange uneinig darüber, wie vorgegangen werden muss. Zur Auswahl stand die Erneuerung der aktuellen Lizenzen oder eine komplett neue Ausschreibung. Ersteres wäre die einfachste und günstigste Lösung, allerdings würde dies zu keiner Verbesserung der Situation führen; Letzteres wäre zu aufwendig und angesichts des herrschenden Chaos in der Medienlandschaft nicht zu empfehlen, da dies nur zu weiteren Komplikationen führen würde. Man einigte sich somit auf einen Kompromiss. Dieser sieht vor, die Medienanbieter in drei Gruppen zu unterteilen, wobei zwischen «guten», «problematischen» und «schlechten» Medien unterschieden würde. Vorbildliche Medien, das heisst solche, die bis anhin dem IMC nicht negativ aufgefallen sind, sollten ohne grossen administrativen Aufwand eine Verlängerung ihrer Lizenzen automatisch erhalten. Problematische Medienanbieter sollten gemäss IMC gewisse Bedingungen zu erfüllen haben, bevor sie ihre Lizenz verlängern könnten. Was die dritte Kategorie betrifft, so nimmt sich der IMC das Recht vor, deren Lizenzen gegebenenfalls nicht zu erneuern. Weiter soll die Möglichkeit bestehen, auch neuen Anbietern, insbesondere solchen von Minderheitenmedien, eine Lizenz ausstellen zu können. Kritiker bemängeln das Vorgehen des IMC. Sie werfen dem IMC Abhängigkeit von der internationalen Gemeinschaft vor, die eine Liberalisierung des Marktes verhindern wolle, und mangelnde Transparenz. Nicht zu Unrecht. Schliesslich fehlt es an systematischem Monitoring, so dass die Beurteilung der Sender kaum auf Fakten basiert. Konflikte sind dabei wohl kaum zu vermeiden. Trübe Aussichten für die Medienlandschaft in Kosovo, auch ein Jahr nach dessen Unabhängigkeitserklärung.

Carole Gürtler und Samir Ljuma, Medienhilfe

Links

Council of Independent Media Commission (IMC):
<http://www.imc-ko.org/>

Medienhilfe:
<http://www.medienhilfe.ch/>

OSCE Mission in Kosovo:
<http://www.osce.org/kosovo/13419.html>

Temporary Media Commissioner (TMC):
<http://www.imc-ko.org/index.php?lang=en&pag=home>

United Nations Mission in Kosovo (UNMIK):
<http://www.unmikonline.org/>

Weiterführende Quellen

Gürtler, Carole (2004): Macht und Ohnmacht. Medien in Kosovo. In: Medienheft, 07. September 2004: http://www.medienheft.ch/kritik/bibliothek/k22_GuertlerCarole.html

Der Text befindet sich im Internet unter:
http://www.medienheft.ch/politik/bibliothek/p09_GuertlerLjuma_01.pdf